

## Presseinformation

Im Landtag von  
Baden-Württemberg

Die **Grünen** Bündnis<sup>90</sup>

Konrad-Adenauer-Str. 12  
70173 Stuttgart  
Tel: 0711-2063-679/687/683  
Fax: 0711-2063-660  
schmitt@gruene.landtag-bw.de  
<http://www.bawue.gruene-fraktion.de>

Stuttgart, den 24.08.2005

## Ölwechsel

### Baden-Württemberg braucht eine Strategie „weg vom Öl“

Pressekonferenz mit

Boris Palmer, MdL  
umwelt- und verkehrspolitischer Sprecher

# Ölwechsel

## **Baden-Württemberg braucht eine Strategie „weg vom Öl“**

### **Pressekonferenz mit MdL Boris Palmer am 24. August 2005**

Der Ölpreis bricht alle Rekorde. Das Barrel erreichte dieser Tage das Allzeithoch von 66 Dollar und für den Liter Super muss an der Tankstelle bis zu 1,35 € bezahlt werden. Die Begrenztheit der Ölreserven, die Engpässe in der Förderung und Produktion sowie die rasant wachsende Nachfrage insbesondere in China und Indien haben die Zeit des billigen Öls zumindest vorerst beendet. Wahrscheinlich ist eher ein weiterer Anstieg der Preise.

Baden-Württemberg ist von dieser Entwicklung als 100%iges Ölimportland stark betroffen. Baden-Württemberg deckt 40% seines Energiebedarfs durch Erdöl. Der Anteil des Erdöls am Endenergieverbrauch liegt deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Die Ölrechnung des Landes wird im Jahr 2005 voraussichtlich bei über 4 Milliarden Euro liegen. Das ist mehr als der gesamte Etat des Wissenschaftsministeriums. Allein der Anstieg des Ölpreises kostet nach Einschätzung von Wirtschaftsinstituten mindestens 0,5% Wachstum und reduziert die Kaufkraft der privaten Haushalte.

Eine vorausschauende, von den Grünen stets eingeforderte Politik ökologischer Verantwortung hätte die Abhängigkeit des Landes vom Öl längst reduziert. Mittlerweile ist eine Strategie „weg vom Öl“ eine schlichte ökonomische Notwendigkeit. Wegen politischer Unterlassungssünden hat sich der Anteil des Öls am Energieverbrauch in den letzten 20 Jahren nicht verringert. Auch die kürzlich vorgelegte Zwischenbilanz des Nachhaltigkeitsrats zum Umweltplan zeigt, dass die Landesregierung nicht das Notwendige tut, um das Klima zu schützen und die Ölabhängigkeit zu verringern.

**Die grüne Landtagsfraktion fordert die Landesregierung mit einer eigenen Strategie „weg vom Öl“ zum Handeln auf.**

## **Wo wir ansetzen müssen**

Verwendung findet Öl in Baden-Württemberg heute vor allem im Verkehrssektor (ca. 52%) sowie bei der Wärmeerzeugung in Privathaushalten und öffentlichen Gebäuden (ca. 30%). Daneben ist Erdöl die Basis für viele Kunststoffprodukte des täglichen Lebens. In der Stromerzeugung spielt Öl keine Rolle. Gerade mal 0,3% des Stroms wurden im Jahr 2002 auf der Basis von Heizöl erzeugt. Durch Kernkraft lässt sich Öl also nicht ersetzen. Erfolgreiche Strategien „weg vom Öl“ müssen folglich in erster Linie beim Verkehr sowie bei Modernisierung und Errichtung von Gebäuden ansetzen. Vielfach kann Öl heute ohne Mehrkosten ersetzt werden. Häufig bedarf es aber eines Anschubs in Form eines Gebots oder einer Förderung. Die grüne Landtagsfraktion hat deshalb bereits in den Haushaltsberatungen 10 Mio. € für ein Programm „weg vom Öl“ eingestellt und gegenfinanziert.

## **Maßnahmen im Bereich Gebäudesanierung und Neubau**

### **Die größte Energiequelle ist die Energieeinsparung:**

Die unter Rot-Grün verschärfte Energieeinsparverordnung sorgt für geringeren Energiebedarf bei Neubauten: Während umgerechnet noch immer 20 Liter Heizöl pro Quadratmeter Wohnfläche im Jahr verbraucht werden, schreibt die Niedrigenergiestandard heute ein Äquivalent von 5 Liter Heizöl vor. Doch es geht noch besser. Das Dreiliterhaus ist heute problemlos realisierbar und selbst so genannten Passivhäuser, besser: Nullenergiehäuser, die keine konventionelle Heizung mehr benötigen, sind Stand der Technik. Sie sind allerdings vorerst in der Erstellung meist teurer als konventionelle Gebäude und amortisieren sich erst über einen längeren Zeitraum durch die Energiekosteneinsparung.

**Weil Baden-Württemberg das Land mit dem größten Bevölkerungszuwachs in Deutschland ist und folglich den größten Zubau an Wohnungen benötigt, muss die Landesregierung über den von der Bundesregierung vorgegebenen Niedrigenergiestandard hinausgehen.**

Wir schlagen folgende Maßnahmen vor:

- *Werbekampagne für Nullenergiehäuser.* Die Landesregierung sollte gemeinsam mit den Kommunen und den Architektenkammern dafür werben, einen möglichst großen Anteil der Neubauten als Passivhäuser zu realisieren und dabei das Kreditprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in Anspruch zu nehmen.
- *Wettbewerb Solarsiedlungen:* Das Land sollte einen Wettbewerb für die Kommunen ausschreiben, indem je Regierungspräsidium zwei Solarsiedlungen mit Landesmitteln gefördert werden. Damit soll gezeigt werden, dass nicht nur einzelne Häuser, sondern ganze Siedlungen im Nullenergiestandard errichtet werden können.
- *Bundesratsinitiative zur weiteren Verschärfung der Energiestandards:* Die Mehrkosten für 3-Liter-Häuser und Nullenergiehäuser haben sich in den letzten Jahren deutlich verringert. Gerade in Baden-Württemberg mit seinen extrem hohen Baulandpreisen ist die Differenz immer unbedeutender. Eine weitere Absenkung des zulässigen Energieverbrauchs ist daher sinnvoll. Hierbei sollte nach unserer Auffassung im Rahmen der Föderalismusreform auch ein Recht der Länder verankert werden, über die bundesweite Mindestnorm hinauszugehen.

Allein durch eine Verbesserung der Energienutzung bei Neubauten lassen sich die hohen Einsparpotenziale im Gebäudebereich nur sehr langfristig realisieren. Deshalb kommt der energetischen Modernisierung des Wohnungsbestands besondere Bedeutung zu. Auf diesem Weg lassen sich Einsparpotenziale in der Größenordnung zwischen 50% und 70% (in Einzelfällen auch mehr) realisieren. Neben dem Öl- oder Gasverbrauch werden auf diesem Weg auch die klimarelevanten CO<sub>2</sub>-Emissionen reduziert. Die Wohnqualität in den modernisierten Häusern steigt, während die Heizkosten sinken. Gleichzeitig werden mittels der energetischen Modernisierung des Wohnungsbestands Arbeitsplätze in der Not leidenden Baubranche gesichert und neu geschaffen.

Wir halten deshalb die Dotierung des „Energieeinsparprogramm Altbau“, die im Jahr 2004 gerade noch 1,25 Mio. € betrug, für völlig ungenügend und wollen die hierfür zur Verfügung stehenden Mittel vervierfachen.

## Heizen mit Sonne und Holz:

Biomasse stellt aus Sicht der Fraktion Grüne heute die wichtigste - und zugleich am meisten vernachlässigte - erneuerbare Energiequelle in Baden-Württemberg dar. Bereits 2002 kamen Gutachter des baden-württembergischen Wirtschaftsministeriums zu dem Ergebnis, dass die energetische Nutzung von Biomasse den entscheidenden Anteil (nämlich 60%) zum Erreichen des Verdopplungsziels der Erneuerbaren bis 2010 erbringen kann. Aktuell liegt der Biomasseanteil am Primärenergieverbrauch bei vernachlässigbaren 0,3%. Laut Umweltplan ist es aber Ziel bis zum Jahr 2010 einen Biomasseanteil am Primärenergieverbrauch von 2,5% zu erreichen. Aus heutiger Sicht wird dieses Ziel ohne zusätzliche Maßnahmen um Längen verfehlt werden. Umweltministerin Gönner hat dies unlängst öffentlich beklagt ohne aufzuzeigen, wie sie Abhilfe schaffen will.

Dabei ist mit den derzeitigen Ölpreisen die Warmwasserbereitung und das Heizen mit Sonnenkollektoren und Holzpellet-Heizanlagen wirtschaftlich konkurrenzfähig und oft sogar billiger als Öl oder Gas. Darauf hat jüngst sogar der Rechnungshof in seiner Denkschrift hingewiesen. Die Kombination beider Techniken macht auch in unseren Breiten völlig unabhängig vom Öl. Im Sommer liefert eine Solaranlage warmes Wasser, im Winter wird zusätzlich der regenerative Brennstoff Holz genutzt.

Wir schlagen folgende Maßnahmen vor:

- *Vorreiterrolle des Landes:* Die Landesregierung sollte umgehend die energetische Modernisierung der Landesimmobilien an Angriff nehmen. Innovative Finanzierungsmodelle wie das Contracting ermöglichen es, die Investitionen durch eingesparte Energiekosten in wenigen Jahren zu refinanzieren. Bei steigenden Energiepreisen wächst der Spielraum hierfür rasch. Im Jahr 2004 musste das Land für die Wärmeversorgung landeseigener Gebäude 65,5 Mio. € aufwenden. Im laufenden Jahr dürfte dieser Betrag bereits auf 75 Mio. € ansteigen.
- *Neuordnung der Förderprogramme:* Für private Bauherren sollte die Landesregierung zukünftig im Bereich der Energieeinsparung und der erneuerbaren

Energiequellen einen neuen Förderschwerpunkt auf die Kombination von Solarenergie und Holz legen.

- *Ölhahn für Neubaugebiete zudrehen:* Nach der Novelle des Baugesetzbuches im Jahr 2004 besteht für die Kommunen die Möglichkeit, direkt in Bebauungsplänen oder über das Mittel der kommunalen Satzung Festsetzungen zur Energieversorgung in Neubaugebieten (z.B. Pflicht zur Nutzung der Solarthermie) zu treffen. Hiervon wird bislang kaum Gebrauch gemacht. Die Landesregierung soll mit den kommunalen Spitzenverbänden eine Initiative zum flächendeckenden Einsatz dieses Instruments starten.

### **Höhere Effizienz bedeutet weniger Öl:**

Auch dort, wo eine Umstellung auf einen regenerativen Brennstoff nur schwer möglich ist, gibt es Wege, die Abhängigkeit vom Öl zu verringern. Statt Öl bzw. Gas allein zur Wärmeerzeugung zu verfeuern lässt sich mit der Technik der Kraft-Wärme-Kopplung gleichzeitig Wärme und Strom erzeugen, was bei einer Gesamtbilanz deutlich effektiver ist und somit erhebliche Mengen an Brennstoff einspart. Wir sehen hierin eine große Chance auf dem Weg „weg vom Öl“ und setzen uns für die stärkere Nutzung dieser effektiven Technik ein. In diesem Sinne haben wir auf Bundesebene u. a. mit dem KWK-Gesetz durchgesetzt, dass diese Technik eine gezielte Förderung erhält.

Die Möglichkeiten, die sich in Baden-Württemberg mit der Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung bieten, wurden in der Vergangenheit seitens der Landesregierung nur sehr unzureichend genutzt. Auf die Defizite hat zuletzt ein vom Wirtschaftsministerium selbst im Jahr 2002 veröffentlichtes Gutachten („Struktur und Entwicklung der zukünftigen Energieversorgung“ DLR/ISI und ZSW Stuttgart, 2002) hingewiesen. Selbst hochrentable Investitionen in KWK-Anlagen wie am Uniklinikum Tübingen unterlässt die Landesregierung oft über Jahrzehnte.

Die Versorgung ganzer Wohngebiete über ein Nahwärmenetz, das durch eine Holzheizung oder eine umweltfreundliche Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlage versorgt wird, scheiterte in der Vergangenheit häufig daran, dass die Anlieger nicht

verpflichtet werden konnten, sich an das Nahwärmenetz anzuschließen. Bereits im vergangenen Jahr haben wir einen Vorschlag zur Änderung der Gemeindeordnung vorgelegt, der darauf abzielte, dass die Kommunen aus Gründen des überörtlichen Klimaschutzes eine Pflicht zum Anschluss an ein Nah- oder Fernwärmenetz aussprechen können. Vor wenigen Wochen hat die CDU/FDP-Landesregierung einen Gesetzentwurf im Landtag eingebracht, der diesen von uns vor rund einem Jahr gemachten Vorschlag fast wortgleich aufgreift.

Jetzt muss die Landesregierung den zweiten Schritt tun und die Kommunen aktiv ermutigen, den Anschlusszwang an Fernwärmenetze mit KWK-Anlagen einzusetzen.

### **„Weg vom Öl“ beginnt in den Köpfen.**

Es ist keine Utopie, die Abhängigkeit vom Öl zu verringern. Die Techniken stehen bereit und haben sich in der Praxis bewährt. Notwendig ist jetzt, dass die entscheidenden Akteure, die Architekten und Handwerker, die Bauherren und Hausbesitzer/innen sich wesentlich stärker für Energieeinsparung und Ressourcenschutz engagieren. Dazu ist noch vielfältige Überzeugungsarbeit zu leisten. Die Klimaschutz- und Energieagentur (KEA) des Landes kann diese Aufgabe derzeit nicht bewältigen. Wir schlagen deshalb eine verbesserte Personal- und Sachmittelausstattung der KEA für diesen Zweck vor.

Beratung und Information muss auch dezentral erfolgen. In dem Zusammenhang ist die drastische Reduzierung der vom Land für Agenda21-Projekte vorgesehenen Mittel auf lächerliche 60.000 € pro Jahr (1999 standen hierfür noch 500.000 € zur Verfügung) das krasse Gegenteil dessen, was zur Bewusstseinsbildung in diesem

## **Maßnahmen im Bereich Verkehr**

### **Forschung für den Erhalt des Automobilstandorts**

Die Alarmglocken für den Automobilstandort Baden-Württemberg klingeln unüberhörbar. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten beim größten Automobilhersteller des Landes, enormer Druck auf die Zulieferindustrie, Qualitätsprobleme und falsche strategische Weichenstellungen sind ein Risiko für Baden-Württemberg.

Bei der Rußfiltertechnik haben die Automobilhersteller im Land lange auf das falsche Pferd gesetzt und damit Umsatzanteile und Prestige verloren. Dasselbe zeichnet sich beim Hybridauto ab, das Toyota erfolgreich am Markt platziert hat. Generell verliert die hiesige Automobilindustrie ihre Spitzenstellung bei umweltfreundlichen und sparsamen Fahrzeugen. Im aktuellen VCD-Umweltranking machen Franzosen und Japaner die ersten Plätze unter sich aus.

Wir sind davon überzeugt: In Zukunft werden entweder umweltfreundliche und sparsame bis gänzlich ölonabhängige Autos verkauft – oder eben gar keine. Bei der im letzten Jahrzehnt sogar noch gewachsenen Abhängigkeit des Landes von der Fahrzeugbranche ist hier politische Wachsamkeit geboten.

**Die Grünen im Land fordern deshalb die Einrichtung eines Forschungsclusters „Zukunft der Automobilität“. In Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und der Industrie sollen hier im Rahmen der Forschungsförderung des Landes Antworten auf die zentralen Anforderungen auf das Auto von morgen gefunden werden.**

Die Antriebstechnik der Zukunft muss wesentlich energieeffizienter, weitgehend schadstofffrei und auf Dauer betrachtet ölonabhängig sein. Beispiele für kurzfristig verfügbare Optionen, die in Baden-Württemberg weiter entwickelt und auf den Markt gebracht werden sollten, gibt es. So etwa die Weiterentwicklung des Hybridkonzepts, die Anpassung der Motortechnik an die Verwendung von Bio-Kraftstoffen bzw. Kraftstoffgemischen mit hohem Anteil aus nachwachsenden Rohstoffen gewonnener Treibstoffe („Flex-Fuel-Car“) oder die Entwicklung von neuen gewichtssparenden

Werkstoffen im Automobilbau mit konkurrenzfähigen Kosten, etwa Naturfaserverbundwerkstoffen aus Hanf, Flachs oder Sisal.

Ein eigener Schwerpunkt eines Forschungsclusters „Zukunft der Automobilität“ muss der Einsatz von Biokraftstoffen sein. Biokraftstoffe sind nicht nur weitgehend klimaneutral, ihre verstärkte Verwendung dient auch in Zeiten, in denen die Landwirtschaft stark mechanisiert ist und immer weniger Flächen für die Nahrungs- und Futtermittelerzeugung benötigt, der Offenhaltung der Kulturlandschaft und der Schaffung von Arbeitsplätzen mit gemischter Qualifikationsstruktur im ländlichen Raum.

Die Technik der grünen Bioraffinerien hat den Vorteil, dass ein wesentlicher Produktionsschritt dezentral in Biogasanlagen vor Ort erfolgen kann, was den Transportaufwand erheblich verringert. Die bisherigen Forschungsergebnisse zu diesem Thema sind weitgehend theoretischer Natur. Ein Ziel eines baden-württembergischen Forschungsclusters „Sicherung der Automobilität“ sollte es daher sein, diese Forschungsergebnisse in einem wissenschaftlich begleiteten Modellversuch in einem geeigneten ländlich Raum unseres Landes zur Anwendung zu bringen.

Kurzfristig sollte der Absatz von Biodiesel forciert werden. Die abgesetzten Mengen sind trotz der hohen steuerlichen Förderung durch die Befreiung von der Mineralölsteuer noch viel zu niedrig. Da auch die Produktion von Biodiesel – so lange sie nicht zu riesigen Monokulturen führt – dem Erhalt der Kulturlandschaft dient, fordern wir die Landesregierung auf, hier in verstärktem Umfang Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. Viele Autofahrer wissen bis heute nicht, ob der Motor ihres Fahrzeuges Biodiesel verträgt oder nicht.

## **Tempolimits helfen den Spritverbrauch zu senken**

Auf den stark belasteten Streckenabschnitten des baden-württembergischen Autobahnnetzes bestehen zahlreiche Geschwindigkeitsbegrenzungen. Die Landesregierung hat das Ziel, möglichst viele dieser Tempolimits wieder abzuschaffen. Dies ist der falsche Weg!

Der Versuch auf dicht befahrenen Schnellstraßen mit hohem Tempo voranzukommen ist besonders energieaufwändig und führt in der Praxis zu einer nur geringen Zeitersparnis, die in keinem vernünftigen Verhältnis zum Aufwand an Energie und Nerven steht. Hinzu kommt noch das spürbar höhere Unfallrisiko durch zu dichtes Auffahren und Drängeln.

Die Leistungsfähigkeit einer Schnellstraße ist umso höher, je gleichmäßiger das Tempo der Verkehrsteilnehmer ist. Gleichzeitig ist eine konstant eingehaltene Geschwindigkeit eine hoch effektive Möglichkeit zur Energieeinsparung. Da fast alle baden-württembergischen Abschnitte des Autobahnnetzes sehr hoch belastet sind, fordert die grüne Landtagsfraktion die flächendeckende Einführung von Tempo 120 auf den Autobahnen des Landes.

### **Rechtliche Grundlage für die Erhebung der City-Maut schaffen**

Am meisten Öl lässt sich einsparen, wenn Fahrten mit dem Kraftfahrzeug unterbleiben. In London ist es gelungen, die einst zugestaute City wieder frei zu bekommen. Seit der Einführung der City-Maut ist der Verkehr in der Innenstadt um ein Drittel gesunken. Das steigert die Lebensqualität und verringert den Ölverbrauch.

Damit auch baden-württembergische Städte dieses Erfolgsmodell übernehmen können, ist die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage hierfür durch den Landtag von Baden-Württemberg notwendig und möglich. Wir fordern die Landesregierung auf, einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Landtag einzubringen und sich nicht mehr hinter einer vermeintlichen Bundeskompetenz zu verstecken.

### **Verbraucherverhalten beeinflussen – Spritsparkurse fördern:**

Das größte sofort mobilisierbare Öleinsparpotenzial steckt in der Fortbildung der Führerscheinbesitzer. Mit einer Fahrweise, die auf die Möglichkeiten moderner elektronisch gesteuerter Motoren abgestimmt ist, kann ein durchschnittlicher Fahrer ohne Zeit- oder Geschwindigkeitsverlust 10% seines Kraftstoffverbrauchs einsparen. Die PKW-Fahrer könnten damit in Baden-Württemberg bei einem Literpreis von 1,20

€ mindestens 700 Millionen € sparen. Für einen Durchschnittsfahrer beträgt die jährliche Ersparnis rund 100 €.

Trotz dieser beeindruckenden Zahlen setzt sich die energiesparende Fahrweise nicht durch. Die von der Landesregierung bezuschussten Kurse werden nur schwach besucht. Im Jahr 2005 soll die Förderung auslaufen. Das passt nicht zu Rekordölpreisen. Gerade jetzt käme es darauf an, die Menschen auf die Möglichkeiten des energiesparenden Fahrens und die entsprechenden Kurse aufmerksam zu machen.

Wir schlagen vor, die bisher praktizierte direkte Bezuschussung der Teilnahmegebühren aufzugeben und durch zwei Maßnahmen mit größerer Öffentlichkeitswirkung zu ersetzen: Die Ausgabe von Tankgutscheinen an die erfolgreichen Absolventen von Energiesparkursen und die Durchführung von Energiesparwettbewerben mit Preisgeld nach dem Vorbild Österreichs („Baden-Württemberg sucht den sparsamsten Fahrer“).

Mit gutem Beispiel vorangehen sollte die öffentliche Hand. Alle Fahrer der landeseigenen Fahrzeugflotte sollten verpflichtet werden, Spritsparkurse zu besuchen. Der Kostenaufwand für solche Kurse amortisiert sich bei beruflichen Vielfahrern für die jeweiligen Arbeitgeber innerhalb weniger Monate.

## **Wichtige Eisenbahnstrecken elektrifizieren**

Seit fast 50 Jahren wird der Eisenbahnbetrieb in unserem Nachbarland Schweiz komplett elektrisch abgewickelt – einschließlich aller Nebenbahnen. Auslöser für diese Entwicklung waren die Einschränkungen des Eisenbahnbetriebs im 1. Weltkrieg wegen Kohlenknappheit, da das Land beim Bezug der damals für den Bahnbetrieb notwendigen Kohle komplett vom Ausland abhängig war.

In Baden-Württemberg gibt es hingegen noch immer stark befahrene Strecken, die nicht elektrifiziert sind. In den letzten Jahren kommt es sogar verstärkt zum Einsatz von Dieseltriebwagen unter Fahrdrabt, da dies aktuell bei leichten und kurzen Zügen

noch kostengünstiger ist. Vor dem Hintergrund spürbar steigender Ölpreise ist dies jedoch die falsche Entwicklung.

Die Landesregierung hat ihre Aktivitäten für die Förderung von Elektrifizierungen inzwischen vollständig eingestellt. Dies muss sich ändern. Hauptbahnen wie die Südbahn von Ulm über Friedrichshafen nach Lindau, die Hochrheinstrecke von Basel nach Schaffhausen und die Bodensee-Gürtelbahn von Radolfzell nach Friedrichshafen sollten endlich elektrifiziert werden. Auch im Nahverkehr 2-3-mal stündlich betriebene Strecken, wie z. B. rund um Tübingen oder um Freiburg sollten baldmöglichst elektrifiziert werden und als Regionalstadtbahnen betrieben werden.

### **Ausbau von Bahn-, Bus- und Radverkehr besser fördern**

Die wirksamste Maßnahme zur Energieeinsparung im Verkehr ist immer noch eine Verlagerung vom Autoverkehr auf die Verkehrsträger des Umweltverbundes (öffentlicher Verkehr – ÖPNV, Rad- und Fußgängerverkehr). Die erklärte aktuelle Politik der Landesregierung ist jedoch der umgekehrte Weg.

Ex-Minister Mappus erklärte die „goldenen Zeiten des ÖPNV“ für beendet, die Mittel nach dem GVFG (Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz) werden zum Autoverkehr umgelenkt, die Förderbedingungen drastisch verschlechtert, neue Projekte können auf Jahre hinaus nicht begonnen werden. Die verbliebenen Fördermittel konzentriert das Land stark auf städtebaulich orientierte Großprojekte wie Stuttgart 21 und den City-Tunnel Karlsruhe, obwohl diese verkehrlich kaum Nutzen bringen..

Wir fordern eine Rückkehr zum Ausbauparadigma der 90er Jahre. Der öffentliche Verkehr muss besser werden, um mehr Fahrgäste anzulocken. Dafür sind eine Umschichtung bei den GVFG-Mitteln zu Gunsten des ÖPNV, der Verzicht auf Prestigeprojekte, die strikte Orientierung der Förderung am verkehrlichen und volkswirtschaftlichen Nutzen und eine Verbesserung der Rahmenbedingungen wie den Abbau der Kleinstaaterei im Verbundwesen notwendig.

Die hohen Eigenbeteiligungen bei der GVFG-Förderung führen dazu, dass der Bau von Radwegen im Regelfall überhaupt nicht gefördert wird, da die Kosten solcher Maßnahmen die Eigenbeteiligungen selten überschreiten. Die schlechten kommunalen Finanzen lassen aber eine komplette Eigenfinanzierung solcher Maßnahmen kaum noch zu. Wir fordern daher eine eigenständige Förderung des kommunalen Radverkehrs einschließlich Wegebau und Beschilderung nach dem GVFG.

### **Im Bundesrat den Abbau der Energieverbrauchs-Subventionen voranbringen**

In der letzten Legislaturperiode sind mehrere Initiativen der rot-grünen Bundestagsmehrheit zum Abbau steuerlicher Subventionen des Ölverbrauchs gescheitert. Hierzu gehört die Mehrwertsteuerbefreiung grenzüberschreitender Flüge und die Abschaffung bzw. deutliche Reduzierung der Pendlerpauschale. Ländersache wäre es auch, die Umstellung der Kraftfahrzeugsteuer auf den CO<sub>2</sub>-Ausstoß und damit auf den Ölverbrauch zu realisieren. Die Einführung der längst überfälligen Kerosinsteuer für den Luftverkehr könnte nach den jüngsten europarechtlichen Neuerungen jederzeit erfolgen. Wir fordern die Landesregierung auf, in diesem Sinne Initiativen zur Verringerung der steuerlichen Ölverbrauchsanreize im Bundesrat zu starten.